

Freie Niederlassung für alle

Was geschieht, wenn katholische und reformierte Frauen und Männer ohne «Schere im Kopf» Migration und Flucht reflektieren? Was geschieht, wenn die Grundsätze der Aufklärung mit der biblischen Tradition verknüpft werden, um eine Migrations- und Asylpolitik zu formulieren, die nicht von der aktuellen politischen Machbarkeit, sondern von den eigenen Grundlagen ausgeht?

Diesen und ähnlichen Fragen hat sich die Gruppe «KircheNordSüdUntenLinks» gestellt, ein loser Zusammenschluss von Kirchenleuten. Das Resultat ist eine Migrationscharta, die «Grundsätze einer neuen Migrationspolitik aus biblisch-theologischer Perspektive» formuliert. Ende August hat die Gruppe ihre Charta öffentlich vorgestellt und darauf hingewiesen, dass sie sich in erster Linie an die Kirchen selbst wendet, aber auch an verbündete Organisationen und die interessierte Öffentlichkeit. Seither ist die Charta auf ein erstaunlich breites Echo gestossen, besonders in den Medien.

Die Charta formuliert drei Grundsätze einer neuen Migrationspolitik: 1) Alle Menschen sind gleich. Aus biblisch-theologischer Sicht können Kategorisierungen der Menschen in wirtschaftliche Nützlichkeit, «kulturelle Nähe», Klasse, Herkunft, Geschlecht, Religion oder «Rasse» nicht übernommen werden. 2) Die Gerechtigkeit leitet. In der biblischen Überlieferung ist sie der rote Faden. Sie zielt auf Strukturen und Institutionen der Solidarität. 3) Die Solidarität leitet. Solidarisches Recht (biblisch: «Liebe») muss ausgebaut werden. Es schützt die Kleinen und bündigt die Grossen.

Die Grundsätze der Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität prägen die Menschenrechte. Die Charta beharrt auf den Menschenrechten als Grundlage für jede Migrations- und Asylpolitik. Allerdings dürfen sie nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen sich aufeinander beziehen. Dasselbe gilt für Schutzbestimmungen. Der Schutz für MigrantInnen und Asylsuchende darf nicht gegen den Schutz der ansässigen Arbeitnehmenden ausgespielt werden.

Aus den drei Grundsätzen leitet die Charta drei entscheidende Grundrechte ab: 1) Das Recht auf freie Niederlassung. Sie ist die zentrale Bedingung dafür, dass Migration auch für die Kleinen und Bedrohten in Würde geschehen kann. 2) Das Recht auf Asyl. Auch wenn Niederlassung weltweit für alle gilt, braucht es speziellen Schutz für besonders bedrohte und verletzte Menschen. 3) Das Recht auf Sicherung der Existenz.



Solidarité sans frontières

BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

NR. 4, DEZEMBER 2015

WWW.SOSF.CH



Der deutsche Fotograf Tim Lüddemann war Ende September 2015 in Ungarn, Serbien und Kroatien unterwegs. Die Fotos dieses Ausgabe zeigen die Situation am 24./25. September im ungarischen Zakany, wo die aus Kroatien kommenden Flüchtlinge in Züge gebracht und Richtung Österreich transportiert wurden.

© Tim Lüddemann (www.tim-lueddemann.de)

Bei strömendem Regen müssen die Flüchtlinge unter der Kontrolle des Militärs warten. © Tim Lüddemann

Wirtschaftspolitik, internationale Zusammenarbeit und Zivilgesellschaft müssen so entwickelt werden, dass eine menschenwürdige und sichere Existenz für jede und jeden dort garantiert ist, wo er oder sie lebt.

An einer Nationalen Tagung am 23. Januar in Bern sollen diese Grundsätze und Grundrechte diskutiert werden, mit Blick auf deren konkrete Umsetzung in eine Willkommenskultur im Quartier, im Dorf oder in der Stadt.

Andreas Nufer

Der Autor ist Pfarrer der Heiliggeistkirche in Bern. Mehr Informationen und Charta unterschreiben auf: www.migrationscharta.ch

Germany Einfach

Bericht einer Reise

Seite 2

Nein zum Schnüffelstaat

Referendum gegen NDG

Seite 4

Die Asylprofiteure

Neue Märkte und Arbeitskräfte - Dossier

Seiten 5-8

BERICHT EINER REISE NACH ÖSTERREICH UND UNGARN

Germany Einfach

Im September versprach die deutsche Bundeskanzlerin Merkel, syrische Flüchtlinge nicht abzuweisen. Die Grenze zwischen Serbien und Ungarn war noch offen. Wir reisten in die Region um eigene Eindrücke zu gewinnen.

Wien 06.09.15 – 08.09.15

Hunderte Flüchtlinge sitzen auf den Bahnsteigen, in den Wartehallen und Bahnrestaurants. Ihre leeren und übermüdeten Gesichter zeugen vom beschwerlichen Weg über die «Westbalkanroute» – von Griechenland über Mazedonien, Serbien via Ungarn nach Österreich. Die Hilfe, die sie in Wien erfahren, ist für sie keine Selbstverständlichkeit.

Viele WienerInnen finden sich an den Bahnhöfen ein – teils aus Solidarität, die vielfach in einer eigenen Migrationsgeschichte wurzelt, oder einfach aus Interesse. Unzählige HelferInnen nehmen in eigens geräumten Lagerhallen Hilfsgüter und Spenden an. Freiwillige sammeln Geld, um den Flüchtlingen die Weiterreise nach Deutschland zu ermöglichen. Abgesehen von der Polizei,

die sich gekonnt im Hintergrund hält, ist der österreichische Staat, nicht wahrzunehmen.

Budapest 08.09.15 – 09.09.15

Am Bahnhof Keleti spielen sich chaotische Szenen ab. Polizisten versuchen die Menschenmassen zurückzuhalten und geordnet auf die Züge nach Wien zu verteilen. Dies gelingt ihnen nur, weil ÜbersetzerInnen und HelferInnen ständig mit den Flüchtlingen kommunizieren. Die Hilfsinfrastruktur wirkt zwar rudimentärer und improvisierter als in Wien, aber die Menschen können sich hier verpflegen, Kleider aussuchen etc.. In Zelten, auf Matten oder Decken schlafen die meisten in der Bahnhofshalle und in den Gängen der Metrostation.

Auch hier ist der Staat ähnlich abwesend wie in Wien. Während man dort stolz war, die ganze Versorgung ohne staatliche Hilfe und mit weniger NGO's auf die Beine gestellt zu haben, sind die HelferInnen in Budapest enttäuscht. Es sei wichtig, sich jetzt als Netzwerk zu organisieren, um für den harten Winter gewappnet zu sein.

Aus Gesprächen mit Flüchtlingen erfahren wir, dass die Situation in Röszke an der Grenze zu Serbien besonders prekär ist: «It's disaster there, the people run away from the war but they come to the worst: Hungary.»

Röszke 10.09.15

Am verlassenen Bahnhof Röszke sitzen einige Flüchtlinge um ein Feuer und trocknen ihre nassen Socken und Rucksäcke. Sichtlich verunsichert fragen sie uns mehrmals, in welche Richtung Budapest liege. Sie wollen mit dem Zug weiterreisen. Plötzlich taucht ein Kastenwagen der ungarischen Polizei auf. Wir bestehen darauf mit den Flüchtlingen mitzufahren. «Welcome to Hungary» lautet der zynische Gruss eines Polizisten, als wir in einem improvisierten Lager auf offenem Felde ankommen. Die bescheidene Hilfe wird hier ausschliesslich von Privaten bereitgestellt. Bereits am Mittag sind alle Sandwiches weg und die Leute stehen durchnässt im Schlamm, frierend und hustend.

Ungefähr fünf Minuten zu Fuss befindet sich der letzte offene Übergang im über 175 km langen Grenzzaun zwischen Ungarn und Serbien, der die «Westbalkanroute»

komplett durchschneiden wird. Ohne jegliche polizeiliche Präsenz passieren hier hunderte Menschen die Grenze – darunter ganze Familien mit Kindern, alte Leute und unbegleitete Jugendliche. Sobald sie die Grenze überquert haben, werden sie aufgegriffen und in das improvisierte Camp gebracht. Von dort verfrachtet sie die Polizei mit Bussen in eines der beiden offiziellen Camps. Die Polizei sagt uns, dass ihnen dort die Fingerabdrücke abgenommen werden, verweigert jedoch jede weitere Auskunft. Die Helfenden und auch Journalisten wissen nicht, was mit den Flüchtlingen geschieht. Die Polizei geht täglich anders mit ihnen um.

Bei einer nahegelegenen Tankstelle beobachten wir zusammen mit dem jungen, ungarischen Tankwart das florierende Geschäft der Schlepper. Bis zum Bersten gefüllte Busse, die die Leute in die offiziellen Camps bringen, rauschen an verängstigt umherirrenden Menschen vorbei. Verzweifelt und nachdenklich erzählt uns der Tankwart, dass er es anfangs gut gemeint, den Flüchtlingen sogar Essen und Wasser angeboten habe. Aber diese Solidarität könne er sich nicht mehr leisten. Teilweise hätten sie in bis zu 30 Zelten Schutz unter seinem Tankstellendach gesucht. Nun müsse er aggressiv und böse sein. Am nächsten Tag erfahren wir, dass der grenzüberschreitende Zugverkehr zwischen Österreich und Ungarn eingestellt wurde. Mit unseren Schweizerpässen ist es für uns jedoch ein Leichtes via Bratislava zurück nach Wien zu gelangen.

Wien 11.09.15

Die Flüchtlinge werden möglichst schnell nach Deutschland gebracht, denn Deutschland will wieder Grenzkontrollen einführen. HelferInnen sprechen von Spannungen zwischen Caritas und selbstorganisierten Bürgerinitiativen. In Anbetracht des Leides und der zermürbenden Situation in Ungarn erscheint es uns absurd, wenn einzelne Organisationen die eigene Kampagne über andere Ideen und Bürgerinitiativen stellen.

Resümee

In Österreich und Ungarn haben wir gesehen, wie wichtig freiwillige Hilfe, Bürgerinitiativen und das Engagement ziviler Organisationen sind. Damit das spontane Engagement nicht in Resignation mündet, braucht es jedoch eine Politisierung der Helfenden. Es braucht ein umfassendes Hilfsangebot, damit rassistische Hetzer die Not der Geflüchteten nicht nutzen können, um Angst und Hass bei der lokalen Bevölkerung anzustacheln.

Alina Reinhard, Friedrich Stucki



Ohne die Hilfe von Freiwilligen und MitarbeiterInnen des Roten Kreuzes und des UNHCR müssten die Flüchtlinge auf der stundenlangen Zugfahrt hungern.

© Tim Lüddemann

Zur Situation der Flüchtlinge in Bayern

Noch im Oktober kamen täglich bis zu 5000 Flüchtlinge in Bayern an. Während die offizielle Politik längst wieder mit Abschreckung reagiert, ist die Bevölkerung in München weiterhin «unfassbar hilfsbereit», erklärt Agnes Andrae vom Bayerischen Flüchtlingsrat.

Anfang September 2015 kamen Tausende Flüchtlinge auf dem Münchner Bahnhof an. Der Bayerische Flüchtlingsrat zeigte sich «sprachlos» angesichts der Hilfsbereitschaft der Münchner Bevölkerung. Wie zeigte sich diese konkret?

Die Hilfsbereitschaft der Münchnerinnen und Münchner ist und war wirklich unfassbar. Die ehrenamtlichen HelferInnen haben die Flüchtlinge am Hauptbahnhof willkommen geheissen und mit Wasser, Essen, Decken und Kleidung versorgt. Sie haben beim Aufbau der Notunterkünfte geholfen, die in ganz München und Umgebung errichtet wurden. Diese werden nun auch zum grossen Teil von Ehrenamtlichen mit betreut.

Bereits am 14. September hat auch Deutschland wieder Kontrollen an den Grenzen eingeführt. Was bedeutet das konkret?

Derzeit werden keine Flüchtlinge an den Grenzen abgewiesen. Sie werden eher im Block abgefertigt und mit Zügen in andere Städte zur Registrierung weiter gefahren. Bis sie ihren Asylantrag stellen können, kann es mehrere Monate dauern. Bis dahin müssen sie in Auffanglagern oder Erstaufnahmeeinrichtungen warten und werden mit Sachleistungen abgespeist.

Obwohl der Krieg in Syrien jetzt schon vier Jahre lang dauert, zeigen sich die Behörden und die Politik – nicht nur in Deutschland – überrascht und überfordert angesichts der grossen Zahl der Flüchtlinge. Was ist an dieser «Überforderung» real und was ist die übliche politische Schaumschlägerei?

Die Flüchtlinge, die auf Grund des Bürgerkriegs in Syrien flohen, standen ja nicht plötzlich vor der Grenze. Es war abzusehen, dass immer mehr Menschen aus Syrien fliehen müssen. Die Nachbarländer wie etwa Jordanien oder Libanon sind überfordert und können die Menschen nicht mehr adäquat versorgen. Daher müssen die Leute weiter fliehen. Dies war abzusehen. Jetzt sind Behörden und Politik durchaus überfordert, aber sie

hätten viel früher Massnahmen vorbereiten können, um die Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Deutschland unterzubringen.

Bei syrischen Flüchtlingen – so hiess es Ende August – würden derzeit keine Dublin-Verfahren durchgeführt. Stimmt das?

Eine Zeit lang wurden die Überstellungen ausgesetzt. Aber ob das weiterhin so bleibt, ist ungewiss*.

Bei Flüchtlingen vom Balkan zeigen sich Behörden und Politik dagegen hart. Am 1. September wurde das erste Sonderlager für diese Flüchtlinge eröffnet. Wie muss man sich diese Lager vorstellen?

Mittlerweile wurde sogar ein zweites Lager in Bamberg eröffnet. Diese Lager sind absolut diskriminierend, da Flüchtlinge hier qua Herkunft kaserniert werden. Die Anhörung im Asylverfahren soll spätestens drei Tage nach Ankunft stattfinden, die Ablehnung

«Die Hilfsbereitschaft der Münchnerinnen und Münchner ist und war wirklich unfassbar.»

kurz darauf erfolgen. Die Verwaltungsgerichte sollen in den Sonderlagern Aussenstellen eröffnen, um auch mögliche Klagen innerhalb weniger Tage ablehnen zu können. Die Betroffenen erwarten Arbeitsverbote, Sachleistungen und die völlige Isolation, weil der Zugang zu den Lagern nicht gestattet ist. Eine asylrechtliche Beratung ist praktisch unmöglich. Flüchtlinge werden so daran gehindert, die rechtsstaatlich garantierten Rechtsmittel überhaupt nutzen zu können. Die betroffenen Personen werden hier zum Zwecke der Abschreckung im Fliessbandverfahren abgefertigt und wieder abgeschoben. Was das noch mit individuellem Verfahren und Menschenrechten zu tun hat, weiß ich auch nicht...

Von der Offenheit gegenüber den Flüchtlingen, die die Bundeskanzlerin mit ihrem «Wir schaffen das» zur Schau stellte, scheint immer weniger übrig zu bleiben. Das Bundesinnenministerium hat innerhalb weniger Wochen eine

«ASYL-VERFAHRENS-BESCHLEUNIGUNGSGESETZ»

Deutschland – Am 24. Oktober 2015 trat eine massive Verschärfung des Asylrechts in Kraft: Die Liste der «sicheren Herkunftsstaaten» wurde erweitert. Asylsuchende sollen bis zu sechs Monaten in zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben (bisher längstens drei Monate). Wenn sie aus «sicheren Herkunftsstaaten» kommen, wird das gesamte Verfahren dort abgewickelt. In den «Erstaufnahmeeinrichtungen» erhalten die Leute nur noch Sachleistungen. «Vollziehbar ausreisepflichtige» Personen wird gar nur noch das «physische Existenzminimum» zugestanden. Ausschaffungen werden generell nicht mehr angekündigt; die seit Jahren kritisierten überfallartigen Abschiebekommandos werden zum rechtlichen Standard.

Verschärfung des Asylrechts über die parlamentarische Bühne gebracht (siehe Kasten). Jetzt ist zusätzlich von Transit-zonen die Rede. Worum geht es da?

Die Transit-zonen sollen Durchgangslager im grenznahen Raum sein. Analog zum Flughafenverfahren sollen dort die Asylanträge auf «exterritorialem Gebiet» geprüft werden. Nur wer Chancen auf Anerkennung hat, darf in die Bundesrepublik einreisen. Praktisch ist das jedoch undurchführbar. Es müssten riesige Lager geschaffen werden. Derzeit reisen täglich bis zu 5000 Flüchtlinge neu ein. Die Behörden werden nicht in der Lage sein, ihre Asylanträge sofort zu bearbeiten, das heisst, dass viele Flüchtlinge mehrere Tage in diesen Transit-zonen sein werden. Nach zehn Tagen würden diese Lager auf 40000 bis 50000 Insassen anschwellen. Wie soll das bitte funktionieren und auf welcher Grundlage? Dies ist wieder eine Bayerische Idee, ähnlich den Sonderlagern für Balkanflüchtlinge, die sich Ministerpräsident Seehofer, Innenminister Herrmann und Konsorten ausgedacht haben, die aber aus menschenrechtlicher und asylrechtlicher Sicht gar nicht gehen.

(Bu)

* Das Interview wurde am 20. Oktober geführt. Anfang November wurde bekannt, dass Deutschland seit dem 21. Oktober das Dublin-Verfahren auch bei SyrerInnen wieder anwendet.

NOCH MEHR MACHT FÜR DEN GEHEIMDIENST?

Nein zum Schnüffelstaat

ImmigrantInnen und Asylsuchende stehen seit langem im Fokus der Staatsschützer. Solidarité sans frontières unterstützt daher das Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz.

Seit 2008 wissen wir, dass zwei ehemalige politische SekretärInnen von Solidarité sans frontières, nämlich Anni Lanz und Balthasar Glättli, im Computersystem des Staatsschutzes fichiert waren. Das allein sollte für Sosf-Mitglieder und -SympathisantInnen ausreichen, um jegliche Erweiterung der Befugnisse des Geheimdienstes kategorisch abzulehnen. Ein kurzer historischer Rückblick zeigt, dass es auch darüber hinaus jede Menge Gründe gibt, das Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz zu unterstützen:

Im November 1989 legte die Parlamentarische Untersuchungskommission über das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ihren Bericht vor. 900000 Personen und Organisationen waren zu diesem Zeitpunkt von der damaligen Bundespolizei fichiert. Zwei Drittel davon waren ImmigrantInnen. Im Kalten Krieg war es für die Staatsschützer geradezu selbstverständlich, die verschiedensten Exilorganisationen ins Visier zu nehmen.

Der Fichenskandal nahm seinen Lauf und wie bei Skandalen üblich legte sich nach einigen Jahren auch die Aufregung über die Ungeheuerlichkeit der flächendeckenden Überwachung. Im Juni 1998 lehnte das Stimmvolk die Initiative «SoS – Schweiz ohne Schnüffelpolizei» ab; das «Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit» (BWIS) trat in Kraft. Der Staatsschutz – nun unter dem Namen «Dienst für Analyse und Prävention» (DAP) – verfügte jetzt erstmals über eine gesetzliche Grundlage und gelobte, politische Aktivitäten nicht mehr zu bespitzeln.

Jede Menge Fichierte

Alles in Ordnung? Keineswegs: Die Zahl der im neuen Computersystem des DAP erfassten Personen wuchs nämlich ständig. 2008 wurde nicht nur die Fichierung von Balthasar Glättli, Anni Lanz und eines WOZ-Redaktors bekannt, sondern auch die von sechs Basler GrossrätInnen kurdischer Herkunft. 2009 wurden der Inlandsgeheimdienst DAP und der Auslandsgeheimdienst unter dem Dach des Verteidigungsdepartements zum «Nachrichtendienst des Bundes» (NDB) zusammengelegt. 2010 folgte der nächste Fichenskandal:

Die Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments musste vermelden, dass die Zahl der Fichierten auf nunmehr 235000 angestiegen war. Es folgte eine «Bereinigung». Ende 2012 war die Datenbank wieder auf 60000 Einträge geschrumpft.

«*Telefone sollen abgehört und E-Mails mitgelesen, Verbindungs- und Standortdaten der Telekommunikation ausgewertet, Wanzen in Privatwohnungen gepflanzt und fremde Computer mit Trojanern infiltriert werden.*»

Die offizielle Beruhigungsformel lautet, nur gerade zehn Prozent der erfassten Personen seien SchweizerInnen. Umgekehrt bedeutet das, dass das Hauptaugenmerk des Geheimdienstes nach wie vor auf ImmigrantInnen und Asylsuchenden liegt. Der NDB überprüft denn auch regelmässig Asyl- und Visagesuche aus «Problemstaaten» sowie sämtliche in der Schweiz gestellten Einbürgerungsgesuche.

Das neue Nachrichtendienstgesetz

Von der Observation im öffentlichen Raum über die Selbstbedienung in allen möglichen öffentlichen Registern und Datensammlungen bis hin zum Einsatz von haupt- und nebenamtlichen Spitzeln – die Befugnisse des NDB sind schon heute sehr weit reichend. Mit dem vom Parlament in der Herbstsession beschlossenen Nachrichtendienstgesetz sollen sie massiv ausgedehnt werden. Telefone sollen abgehört und E-Mails mitgelesen, Verbindungs- und Standortdaten der Telekommunikation ausgewertet, Wanzen in Privatwohnungen gepflanzt und fremde Computer mit Trojanern infiltriert werden. Ein Richter des Bundesverwaltungsgerichts

muss das Ganze zwar genehmigen. Er ist dabei jedoch vollständig auf die Präsentation des NDB angewiesen und wird sich kaum dem Druck des Dienstes entziehen können.

Diese Massnahmen dürfen nicht gegen inländische «Extremisten» eingesetzt werden. Sie sind reserviert für die grossen Gefahren wie den «Terrorismus». Wer jedoch die Jahresberichte des NDB verfolgt, wird schnell feststellen, dass der Dienst mit dem Terrorismusbegriff sehr locker hantiert. Zu beobachten war dies insbesondere bei Organisationen, die unter den ImmigrantInnen in der Schweiz einigen Rückhalt haben. Die kurdische PKK oder andere linke Gruppierungen aus der Türkei beispielsweise galten je nach Gusto bloss als «extremistisch» oder als «terroristisch». Moscheen und islamische Zentren stehen seit Jahren als mögliche Treffpunkte von Dschihadisten unter besonderer Beobachtung des Staatsschutzes. Dass die neuen Überwachungsmethoden auch gegen sie zum Einsatz kommen könnten, ist umso wahrscheinlicher, als der NDB für diese Massnahmen keinen Straftatverdacht braucht. Verteidigungsminister Ueli Maurers Beschwichtigungen, dass jährlich allenfalls mit zehn solchen «besonderen» Überwachungen zu rechnen sei, können nicht beruhigen. Denn erstens gibt es dafür keine Garantien und zweitens hat der Staatsschutz auch bisher jedes seiner neuen Mittel ohne grosse Hemmungen eingesetzt.

(Bu)

Diesem Bulletin liegt der Unterschriftenbogen bei. Die Referendumsfrist läuft zwar bis zum 14. Januar 2016. Allerdings müssen die Unterschriften noch beglaubigt werden und viele Gemeindeverwaltungen sind zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen. Deshalb: schnell ein paar Unterschriften sammeln und ab die Post oder elektronisch unterschreiben unter www.ndg-referendum.ch

WENN DIE PRIVATWIRTSCHAFT VON
ASYLSUCHENDEN PROFITIERT

Neue Märkte und Arbeitskräfte

**Wenn es um die Aufnahme von
Flüchtlingen geht, lautet die
übliche Frage: Wer soll das alles
zahlen? Unsere Gegenfrage: Wer
verdient an den Asylsuchenden?**

«Kurzfristig wirkt der starke Flüchtlingszu-
zug wie ein kleines Konjunkturprogramm.»
Mit diesem Satz liess sich Anfang Oktober
2015 Michael Hüther, der Chef des in Köln
ansässigen Instituts der deutschen Wirt-
schaft (IW), in den Medien zitieren. Laut
den offiziellen Prognosen wird die Zahl der
Asylsuchenden in Deutschland in diesem
Jahr bei über 800000 liegen. Das Land sei
überfordert, es kämen zu viele Flüchtlinge,
schreien nicht nur die rechtsextremen und
rechtspopulistischen Gruppierungen, son-
dern in wachsender Masse auch Politike-
rInnen der Regierungskoalition – bis weit
hinein in die SPD. Während die Flüchtlinge
für sie vor allem einen Kostenfaktor darstel-
len, sind sich die Wirtschaftsforschungsins-
titute – vom Arbeitgeber-nahen IW bis zum
gewerkschaftlich orientierten Institut für
Makroökonomie und Konjunkturforschung
(IMK) – für einmal einig: Die staatlichen
Haushalte können die Mehrausgaben durch-
aus tragen. Die «vielen Milliarden», die der
Staat für Versorgung, Unterbringung und
Betreuung der Flüchtlinge aufwende, ver-
sickerten eben nicht im Ausland, sondern,
wie Hüther sagt, «schaffen im Inland neues
Geschäft und neue Arbeitsplätze.» Konkret
rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute,
dass dadurch 2016 ein zusätzlicher Wachs-
tumseffekt von 0,2 Prozent des Bruttoin-
landsprodukts resultiere.

Die Flüchtlingsbetreuung: ein Millionengeschäft

Mit Flüchtlingen lassen sich offensichtlich
immer gute Geschäfte betreiben: Sicherheits-
industrie und Informatikbranche profitieren
seit Jahren von der Politik der Abschottung
und Ausgrenzung. Sowohl der Bau von
Grenzzäunen als auch der von elektroni-
schen Mauern zur Sicherung der Festung
Europa garantieren ihnen Absatzmärkte für
ihre Produkte und Technologien (siehe den
Artikel von Chris Jones)

Aber auch der Wachstumseffekt, den
die deutschen Wirtschaftsforschungsin-
stitute von der Aufnahme und Betreuung
von Flüchtlingen erwarten, kommt nicht
einfach allen zugute. Es sind insbesondere
Dienstleistungsunternehmen wie etwa die
deutsche Firma «European Home Care»



**Solidarité
sans
frontières**

**DOSSIER 4 – 2015
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

DEZEMBER 2015

DIE ASYLPROFITEURE



Die Flüchtlinge müssen erst warten und dann die sehr hohen Züge besteigen.

© Tim Lüddemann

oder die schweizerische ORS, die von staat-
lichen Aufträgen profitieren und dabei satte
Gewinne erwirtschaften. Sie managen die
Unterkünfte und Asylzentren, während pri-
vate Sicherheitsunternehmen für «Ruhe und
Ordnung» sorgen. Diese Entwicklung ver-
stärkt sich durch die staatliche Sparpolitik,
deren Folge ein vermehrtes Outsourcing von
sozialen Dienstleistungen ist. Die Betreuung
Asylsuchender wird mehr und mehr von pri-
vaten Unternehmen übernommen. Mit dem
Ziel, die eigenen Ausgaben zu reduzieren
und konkurrenzfähig zu bleiben, sparen die
Unternehmen bei ihrem Personal, den Löh-
nen und den erbrachten Betreuungsleistun-
gen, was gravierende Konsequenzen für die
Angestellten und die Lebensumstände der
Asylsuchenden hat.

«Hoch motivierte» Arbeiter

Dass Flüchtlinge nicht einfach nur einen
Kostenfaktor darstellen, sondern auch ein
«Arbeitskräftereservoir», haben in Deutsch-
land mittlerweile auch die Arbeitgeber ver-
standen. Grossindustrielle wie Dieter Zetsche,
CEO von Daimler-Benz, äussern sich durch-
aus positiv über die Aufnahme syrischer

Flüchtlinge: «Natürlich ist nicht jeder Flücht-
ling ein brillanter Ingenieur, Mechaniker
oder Unternehmer. Aber wer sein komplettes
Leben zurücklässt, ist hoch motiviert.» Zet-
sche ist einer jener UnternehmerInnen, die
eine schnelle Integration der Asylsuchenden
in den Arbeitsmarkt fordern. Anfang Sep-
tember schlug Ingo Kramer, Präsident der



**Dossier aus dem
Bulletin 4 – 2015**

**Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9
3011 Bern
www.sosf.ch**

**sekretariat@sosf.ch
Fon 031 311 07 70
PC 30-13574-6**



Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber, in dieselbe Kerbe und forderte gar eine «Lockerung des Asylrechts» und kritisierte, dass Flüchtlinge in den Erstaufnahmezentren (dem deutschen Pendant der schweizerischen Empfangs- und Verfahrenszentren) «eingesperrt» würden, statt «vom ersten Tag an» Deutschkurse zu erhalten.

Zumindest ein Teil dieser UnternehmerInnen hat bei dieser Begeisterung für die neuen, hochmotivierten Arbeitskräfte aber einen Hintergedanken. In einem Gastbeitrag in der «Süddeutschen Zeitung» erklärte Tom Enders, Vorstandsvorsitzender der Airbus-Gruppe (EADS): «Wir müssten den Mut haben zu einer Deregulierung, wie man sie bisher nur aus den USA kennt.» Eine Integration insbesondere der unqualifizierten Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt erfordere Ausnahmen vom gerade erst eingeführten Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde und eine weitere Ausdehnung des Niedriglohnssektors: Man müsse den Arbeitsmarkt «flexibel» halten. Es sei für die Asylsuchenden «besser mit Minijobs oder niedrig bezahlten Jobs in den Arbeitsmarkt einzusteigen, als gar keine Arbeit und mit Sozialhilfe zu Nichtstun und Frust verdammt zu sein.»

Nützlich und anspruchslos

In der Schweiz finden Asylsuchende (und auch vorläufig Aufgenommene) nur selten einen regulären Arbeitsplatz. Das Arbeitsverbot gilt für sie zwar nur noch in den ersten drei Monaten des Aufenthaltes. Praktisch ist es aber den meisten Arbeitgebern zu unsicher, eine Person, deren Aufenthalt noch nicht sicher oder «vorläufig» ist, zu beschäftigen. Für die meisten Asylsuchenden bleibt deshalb – wenn überhaupt – nur der «zweite Arbeitsmarkt»: Beschäftigungsprogramme, die ihnen nicht den Weg aus der Sozialhilfe und auch nicht den Umzug aus den Zentren in eine eigene Wohnung erlauben.

Vor dem Hintergrund der Masseneinwanderungsinitiative, deren Umsetzung die Schweizer Wirtschaft vom Arbeitskräftenachschub aus der EU abzuschneiden droht, deutet sich auch bei hiesigen Unternehmen ein Umdenken an. In der Zeitschrift des «centre patronal» liest sich das so: «Sobald sie eine Aufenthaltsbewilligung erhalten, müssen Migranten einer Erwerbstätigkeit nachgehen dürfen. (...) Dies erlaubt es den Arbeitgebern einen gewissen Arbeitskräftemangel auszugleichen, insbesondere bei ungelernten Arbeiten, die die zu gut ausgebildeten – und vielleicht zu verwöhnten – Einheimischen als ihrer nicht würdig erachten.» Verwöhnte

Einheimische – anspruchslöse MigrantInnen und Asylsuchende: eine solche Einteilung macht klar, woher der Wind weht. Gesucht werden billige Arbeitskräfte für schlecht bezahlte und schmutzige Arbeiten.

Eine derartige Öffnung des Arbeitsmarktes – im Namen der Integration – würde den Lohndruck für alle Arbeitnehmer erhöhen. Der Begriff der Integration wird für neoliberale Deregulierungsprojekte instrumentalisiert. Statt auf eine versteckte Rückkehr zum Saisonierstatut müsste eine Integration, die diesen Namen verdiente, darauf setzen, dass auch Asylsuchende langfristig geregelte Aufenthalte, Zugang zu Bildungseinrichtungen und rechtlichen Schutz erhalten, um sich erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Erst so kann die Einbindung von Immigranten zum gesellschaftlichen Gemeinwohl beitragen. Die Personenfreizügigkeit für alle sollte einhergehen mit der Gleichheit vor dem Recht und gleichen Chancen. Dies ist die einzige Möglichkeit, eine solche Instrumentalisierung der Einwanderung, wie wir sie derzeit beobachten, zu verhindern.

(io, Fu, Bu)



...und die Asylsuchenden bleiben auf der Strecke

Immer häufiger erteilen staatliche Institutionen privaten Unternehmen Mandate im Bereich des Asylwesens. Einige Beispiele.

Gemeinsam ist diesen Firmen, dass sie durch eine drastischen Senkung der Produktionskosten versuchen, ihre Leistungen billiger anbieten zu können. Auf diesem Wege gelingt es ihnen nicht nur, bei Ausschreibungen die Konkurrenz zum Beispiel der Hilfswerke aus dem Rennen zu werfen, sondern auch höchst mögliche Profite zu erzielen. Für die Betroffenen bleibt diese Strategie nicht ohne Konsequenzen.

ABS Betreuungsservice AG

Die Aktiengesellschaft ABS bietet eine Reihe von Dienstleistungen im Bereich der Sozialarbeit, des Asylwesens und der Integration an. Sie ist hauptsächlich in der Nordwest- und der Ostschweiz tätig. Sie hat aber auch in der Romandie staatliche Mandate inne und führt zum Beispiel die Zivilschutzanlage Pradières im Val-de-Ruz (Neuenburg). Flexibilität, Innovation und Zuverlässigkeit sind laut Website ihre unternehmerischen Werte. Die ABS wurde im Juni 2014 von der ORS Service AG übernommen. Zusammen sind Mutter- und Tochtergesellschaft für rund 5500 Asylsuchende zuständig. Die «Rundschau» des deutschschweizerischen Fernsehens legte am 14. Oktober 2015 einige fragwürdige Praktiken offen, die in einer Gemeinde sogar zur Auflösung des Vertrages mit der ABS geführt haben. Zudem zeigte die Sendung, dass das Unternehmen nicht zögert, von Flüchtlingen, die eine Arbeit gefunden haben, zu profitieren. So wurden manche Arbeitgeber gebeten, den Lohn der angestellten Asylsuchenden direkt auf das Konto der ABS zu überweisen. Einen Tag nach der Ausstrahlung der Sendung veröffentlichte die Firma eine Medienmitteilung, wonach sie diese «teilweise angewendete» rechtswidrige Praxis eingestellt habe.

Siehe die Sendung Rundschau:
<http://bit.ly/1Navc5d>

ORS Service SA

ORS ist ein privates Unternehmen, das sich in der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden spezialisiert hat. Es bietet daneben auch andere Dienstleistungen wie Integrationsprogramme und «grenzsanitarische Massnahmen»

«Das Unternehmen zögert nicht, von Flüchtlingen, die eine Arbeit gefunden haben, zu profitieren.»

an. Ein Besuch auf der Internetseite zeigt, dass sich ORS nicht wie ein Unternehmen, sondern wie eine «politisch und religiös neutrale» Organisation präsentiert, die Sachspenden annimmt. Interessant, wenn man bedenkt, dass der Umsatz der Firma in den letzten Jahren explodiert ist: 1998 gab sie einen Umsatz von 20 Millionen Franken an, 2014 betrug er bereits 99 Millionen. Die ORS operiert zwar noch immer hauptsächlich in der Schweiz, hat aber mittlerweile auch in Deutschland und Österreich Fuss gefasst. Die auf Profitmaximierung ausgelegten Arbeitsweisen der AG wurden mehrmals und von verschiedenen Seiten heftig kritisiert. Der jüngste Skandal betrifft das Zentrum Traiskirchen in Österreich: Ein Journalist, der sich in dieses grösste Asylzentrum Österreichs eingeschmuggelt hatte, deckte gravierende Mängel in der Versorgung und der Hygiene sowie akuten Platzmangel auf.

Weitere Informationen zum Zentrum Traiskirchen:
<http://bit.ly/1GJq4bz>

Securitas und Protectas

Das Partnerunternehmen der ORS in Sachen Sicherheit und Ordnung ist die Securitas AG, das grösste Sicherheitsunternehmen der Schweiz. Die «Securitas Gruppe» (nicht zu verwechseln mit dem weltweit führenden Unternehmen Securitas AB) ist ein richtiger Riese auf dem Schweizer Markt: Die Muttergesellschaft und ihre zahlreichen Filialen haben insgesamt 10000 Angestellte und bieten eine grosse Palette an Dienstleistungen an – von «Eventsicherheit» über Diebstahlprävention und «Geleisesicherheit» bis zur Verkehrsregelung. Dass Behörden immer mehr Gewicht auf «Sicherheit» im Asylbereich legen, kommt dem Unternehmen gerade recht. Die Securitas hat sich nicht nur die Überwachung diverser Zentren samt ihrer Umgebung unter den Nagel gerissen, sondern ist im Rahmen von «public-private partnership» auch an Ausschaffungen beteiligt. In Genf übernimmt das Unternehmen die Überführung abgewiesener Asylsuchender vom Ausschaffungsgefängnis Frambois zum Flughafen. Im gleichen Kanton ist die konkurrierende Sicherheitsfirma – Protectas, die Schweizer Tochter der schwedischen Securitas AB – nach einem Brand im «Foyer des Tattes» (Vernier) unangenehm aufgefallen. Die Anwälte der Geschädigten kritisierten nebst verschiedenen anderen Störungen die mangelnde Ausbildung der Protectas-Angestellten, die nicht angemessen auf die Gefahrensituation in dem Zentrum reagiert haben.

(io)

DAS SICHERHEITSFORSCHUNGSPROGRAMM DER EU

Grenzkontrolle und Big Business

Seit über einem Jahrzehnt finanziert die EU Forschungen über neue Sicherheitstechnologien. Hauptnutznießer waren transnationale Sicherheits- und Rüstungskonzerne und staatliche Forschungsinstitute. Die Entwicklung und der Ausbau neuer Technologien der Grenzüberwachung war dabei ein zentrales Thema.

2004 etablierte die EU das «European Security Research Programme» (ESRP). Sie folgte dabei den Empfehlungen einer «Gruppe von Persönlichkeiten», zu der nicht nur Repräsentanten von EU-Institutionen und -Agenturen, von Verteidigungsministerien der Mitgliedstaaten und nationalen Forschungsinstituten gehörten, sondern auch Vertreter einiger der grössten Rüstungs- und Informationstechnik-Konzerne des Kontinents. Neue Sicherheitstechnologien sollten die europäische Industrie ankurbeln und die EU unter anderem vor Terrorismus und organisierter Kriminalität, vor Gefahren für «kritische Infrastrukturen» und vor irregulärer Migration schützen.

Nach einer Einstiegsphase 2004-2006 mit einem Budget von 65 Millionen Euro wurde das ESRP zum offiziellen Bestandteil des EU-Forschungsrahmens erhoben. Für 2007-2013 standen nun 1,4 Milliarden Euro bereit. Davon entfielen 230,7 Millionen, also 23 Prozent, auf das Themengebiet «Intelligente Überwachung und Grenzsicherheit», das damit mehr Fördergelder als jedes andere erhielt. Für 2014-2020 sind 1.7 Milliarden veranschlagt. Das ESRP läuft nun unter dem offiziellen Titel «Sichere Gesellschaften – Freiheit und Sicherheit Europas und seiner Bürger schützen». Grenzkontrolltechnologien haben weiterhin hohe Bedeutung.

Berater und Geförderte

Über Forschungsprioritäten entscheiden zwar formell die Mitgliedstaaten. Die Schlüsselrolle beim Agenda Setting hält jedoch die «Secure Societies Advisory Group», eine Beratergruppe, in der Rüstungs- und Sicherheitskonzerne und ihre Lobby sowie staatliche bzw. staatsnahe Forschungsinstitute wie die deutsche Fraunhofer Gesellschaft und die niederländische TNO den Ton angeben. Hinzu kommt eine Vielzahl von Konferenzen und hochrangigen informellen Gruppen.

Hier die Liste der Top 10 unter den Empfängern von ESRP-Geldern (2007-15) – jeweils mit der Gesamtfördersumme und der Zahl der Projekte, an denen sie beteiligt waren:

- Fraunhofer-Gesellschaft (Deutschland), 59 Mio. Euro, 97 Projekte
- Schwedisches Verteidigungsforschungsinstitut, 32 Mio. Euro, 53 Projekte
- Organisation für Angewandte Naturwissenschaftliche Forschung, TNO (Niederlande), 30 Mio Euro, 53 Projekte
- Thales (ein französischer Rüstungskonzern), 30 Mio. Euro, 67 Projekte
- Selex (ein italienisch-britischer Rüstungs- und Elektronikonzern), 23 Mio. Euro, 54 Projekte
- Kommission für atomare und alternative Energien (Frankreich), 19 Mio, 41 Projekte
- Austrian Institute of Technology (AIT), 15 Mio. Euro, 25 Projekte
- Indra (ein spanisches IT- und Rüstungsunternehmen), 12 Mio. Euro, 17 Projekte
- Staatliches Technisches Forschungszentrum (Finnland), 11 Mio. Euro, 26 Projekte
- Atos (französisches IT-Unternehmen), 10.7 Mio Euro, 23 Projekte
- BMT (ein britischer Technologiekonzern), 10, 5 Mio., 9 Projekte

Grössere Fördersummen gingen auch an das staatliche spanische Rüstungsunternehmen Isdefe, das britische Unternehmen BMT, die französische IT-Firma Morpho, Saab und den britischen Rüstungskonzern BAE Systems.

Projekte

Eine ganze Serie von hoch profilierten und mit grossen Fördersummen dotierten Projekten befasste sich mit Grenzkontroll-Technologien, die nicht nur darauf abzielen, «illegale ImmigrantInnen» fernzuhalten, sondern auch die Kontrolle über «legitime» Reisende verstärken sollten. Einige Beispiele:

- PERSEUS, CLOSEYE, EWISA, SEABILLA, SUNNY und SAGRES: Bei diesen Projekten ging es um den Auf- oder Ausbau von Überwachungssystemen für

Land- oder Seegrenzen und zwar mit Hilfe von Drehnen, Satelliten sowie verschiedenen Arten von Sensoren und Kameras.

- TALOS sollte einen autonomen Grenzüberwachungsroboter entwickeln. Erst nach einer ethischen Überprüfung liess man die Idee fallen, den Roboter mit «nicht-tödlichen» Waffen auszustatten.
- ABC4EU und FASTPASS sollen die «smart border»-Pläne der EU unterstützen, die die Erfassung von Fingerabdrücken und eine verstärkte Überwachung aller in den Schengen-Raum einreisenden Nicht-EU-Staatsangehörige vorsehen. Frankreich hat jüngst vorgeschlagen, auch Fingerabdrücke und Gesichter von EU-BürgerInnen zu scannen.

Andere Projekte lenkten den Blick weit über die Grenzen der EU hinaus. Das Projekt BASYLIS sollte eine «transportable Sicherheitsplattform» entwickeln, die in der Lage wäre, eine breite Palette von Gefahren zu erkennen – und zwar mit Hilfe von «Sensoren für magnetische, seismische, akustische, optische und Funkwellen sowie Bildverarbeitung und intelligentem Video». Im Forschungsantrag wurde das Vorhaben damit begründet, dass «der Mangel an Sicherheit in Flüchtlingslagern eine Tatsache» sei. Das mag wohl sein, aber ein Roboter als Sicherheitswächter dürfte dieses Problem wohl kaum lösen.

Vom Schlachtfeld ins «Homeland»

Das ESRP will staatliche Macht verstärken und Konzernprofite ankurbeln, indem militärische Technologien in den Rahmen der «zivilen Sicherheit» transferiert werden. Die Ursachen von Kriminalität, Terrorismus und Migration werden dabei weitgehend oder ganz ignoriert.

Niemand hat die Bevölkerung Europas je gefragt, ob ihre Vision von Sicherheit militarisierte Polizeien, allgegenwärtige Überwachungssysteme und zu Festungsmauern umgebaute Grenzen beinhaltet. Viele der in ESRP-Projekten entwickelten Technologien sind noch nicht reif für die Vermarktung und praktische Anwendung. Soweit sollten wir es auch nicht kommen lassen – jedenfalls dann nicht, wenn wir in Zukunft weitere im Namen der europäischen «Grenzsicherheit» erzeugte und verschärfte humanitäre Krisen vermeiden wollen.

Chris Jones, Mitarbeiter von Statewatch
(www.statewatch.org)

KURZ UND KLEIN



WOHIN DIE ANGST FÜHRT

Im Nachgang zu den Wahlen

Am Wahlsonntagabend hatten viele WählerInnen der Linken eine ziemliche Wut im Bauch. Heute muss man die Emotionen beiseiteschieben und sich die Frage des Warum stellen. Was treibt fast 700000 Personen – und das sind erst noch weniger als 50% der Stimmberechtigten – dazu, dem Rattenfänger von Herrliberg und seinen Handlangern zu folgen? Wo liegen die tieferen Ursachen, die dazu führen, dass rechtspopulistische Parteien mit ihrer oftmals kruden Xenophobie, mit ihrer Hetze gegen gewisse Volksgruppen (im Sommerloch waren es die Eritreer), mit ihrem Aufruf zum Widerstand gegen Entscheide demokratisch gewählter Gremien (sich gegen beschlossene Asylbewerberunterkünfte zur Wehr setzen), mit ihren Halbwahrheiten und z.T. nachweislichen Lügen die Menschen ködern können? Was ist der Nährboden, auf dem rechtes Gedankengut gedeiht?

Es ist der Boden, aus dem Gefühle der Angst spriessen, der Verunsicherungen bezüglich dem eigenen Lebensweg. Gestern schien die Welt noch in Ordnung zu sein, es gab Stabilität in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen. Mit der steigenden Mobilität und den Krisen einer Weltwirtschaft, die man nicht auch nur annähernd versteht, droht alles anders zu werden. Der Karriereweg ist nicht mehr linear und gesichert, es kann Zeiten der Arbeitslosigkeit geben, der Restrukturierung, man bekommt

möglicherweise einen ausländischen, besser qualifizierten Chef vor die Nase gesetzt. All diese Gefühle der eigenen Ohnmacht, der Angst, dem allem nicht mehr gewachsen zu sein, vielleicht sogar vor sozialem Abstieg, suchen ein Ventil. Und da kommt eine Partei mit der einfachen Formel: Schuld an allem sind die Ausländer und Flüchtlinge, besonders wenn sie anderer Hautfarbe und/oder Muslime sind. Mit einem Wort das Fremde, Unschweizerische. Die nationale Identität ist in Gefahr – so jedenfalls die SVP. Als ob nationale Identität etwas Statisches wäre...

Noch bedrohlicher als die heutigen Unwägbarkeiten wirkt aber die Angst davor, was vielleicht noch sein könnte. Diffuse Zukunftsangst ist für Einzelne oder Gruppen besonders bedrohlich, weil sie nicht fassbar ist, weil man scheinbar ohnmächtig auf sie zutreibt. Da lässt man gerne das Denken weg und schießt aus dem Bauch heraus auf die vermeintlichen Feinde. Das erleichtert. Und man begibt sich nur allzu willig in die schützenden Arme eines «Übervaters».

Wie hat doch der österreichische Schriftsteller Robert Manesse (ihr wisst schon, der, dessen Fernsehauftritt auf Druck der SVP erst nach den Wahlen gesendet werden durfte) in einem Zeitungsinterview gesagt: «Ängste machen leider dumm».

Marianne Benteli

FLUCHTHILFE GANZ KONKRET

Open Borders Caravan

Ca. 200 Aktivist/innen aus ganz Europa waren dem Aufruf der Interventionistischen Linken Berlin (iL) gefolgt und fanden sich am 26. September 2015 in Ljubljana zu einer

Lagebesprechung ein. Ziel der Open Borders Caravan war ein kollektiver Akt des zivilen Ungehorsams: Menschen auf der Flucht unterstützen und dabei auch Regelübertretungen in Kauf nehmen; dem menschenverachtenden Grenzregime solidarisch etwas entgegensetzen. Wie das genau aussehen sollte, war zunächst unklar. Schliesslich war der Aufruf nur fünf Tage vor dem Treffen Ljubljana in die Welt hinaus gegangen.

Auch aus der Schweiz machten sich 17 Menschen in sieben Autos vollgepackt mit Hilfsgütern auf den Weg. Nach der Besprechung in Ljubljana entschied sich der Konvoi ins zwei Stunden entfernte Botovo an der Kroatisch-Ungarischen Grenze zu fahren um dort Menschen über die Grenze in die EU zu begleiten. Zurück in der Schweiz würden die Medien von den «netten Schleppern» berichten. Doch dazu kam es nicht. Die kroatische Polizei und das ungarische Militär sind uns zuvor gekommen, die Menschen wurden im grossen Stil über die grüne Grenze geschleust. »

IMPRESSUM

BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES
erscheint viermal jährlich

Auflage dieser Ausgabe:
2800 deutsch / 600 französisch
Beglaubigte Auflage WEMF:
2794 deutsch / 527 französisch

Gestaltung und Satz: Simone Kaspar de Pont, Genève
Druck und Versand: selva caro druck ag, Flims Waldhaus
Redaktion: Heiner Busch (Bu), Amanda Ioset (io), Maria Winker (Wi), Maria Furrer (Fu), Gisela Grimm
Übersetzungen: Olivier von Allmen, Sylvie Colbois (médiatrice), Alain Perrinjaquet (médiatrice), Marianne Benteli, Claude Braun, Daniel Schönenberg, Irina Sille
Lektorat: Sosf
Fotos: Tim Lüddemann

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
12. Januar 2016
Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2015 inkl. Abo:
70.– Verdienende / Fr. 100.– Paare / Fr. 30.– Nichtverdienende / 120.– Organisationen
Abo: Einzelpersonen 30.– / Organisationen 50.–

Herausgeberin:
Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9, 3011 Bern
(Zusammenschluss AKS/BODS)
Fon 031 311 07 70
sekretariat@sosf.ch
www.sosf.ch
PC-Konto 30-13574-6

ANZEIGE

ClimatePartner^o
wir drucken klimaneutral

für den wald.

umweltbewusster druck und klimaschutz ist uns ein anliegen.
ihr produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und
auf wunsch mit dem label von climatepartner versehen.
so engagieren auch sie sich für nachhaltigkeit und klimaschutz.

selva caro druck

die kleine druckerei inmitten der natur

rudi dadens 6 7018 flims t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch



Die Flüchtenden haben sich in diesem Sommer ihr Recht auf Bewegungsfreiheit hart erkämpft. Bilder von überrannten Grenzanlagen und hilflosen Repressionsorganen gingen um die Welt. Was No-Border-AktivistInnen seit Jahren versuchen, schafften die Flüchtenden in wenigen Wochen. Die Festung Europa geriet ins Wanken. Das verdient unseren Respekt und unsere Solidarität.

Wir haben uns entschieden die Menschen auf der Balkanroute nun permanent zu unterstützen und haben eine langfristige Support-Struktur aufgebaut. «Open Eyes Balkanroute» ist mit einem 3,5-Tonnen-Fahrzeug, welches mit einer kompletten Infrastruktur ausgerüstet ist, vor Ort und versorgt nun die Menschen mit dem Nötigsten. Die unzähligen kleinen Solidaritätsstrukturen, die in ganz Europa wie Pilze aus dem Boden schießen, sind ein wunderbares Beispiel von Solidarität und Selbstorganisation. Sie sind es, die ganz konkret Fluchthilfe leisten.

Yannik Böhm

www.balkanroute.eu

DUBLIN ABKOMMEN

Neun Monate Widerstand

Im Drama, das sich momentan beim «Empfang» der Flüchtlinge abspielt, errichten die Abkommen von Dublin ein System der Entsolidarisierung unter Staaten und der Verweigerung der freien Wahl der Flüchtlinge bezüglich ihres Ziellandes. Die Schweiz nimmt an diesem System teil, indem sie die Überlebenden der Fluchtrouten in Länder zurückschickt, die unfähig sind, ihnen eine menschenwürdige Aufnahme zu bieten.

Wie praktisch diese Abkommen doch sind! Sie erlauben es, andere Staaten damit zu beauftragen, Flüchtlinge aufzunehmen, welche die Schweiz nicht will. Es ist so viel einfacher, Menschen ohne Rechte zurück zu schicken als sich zu fragen, wie es möglich war, während des Kriegs in Jugoslawien mehrere zehntausend Menschen mehr aufzunehmen als heute; oder warum die damaligen Unterbringungskapazitäten beseitigt wurden, als Blocher dem Asylwesen vorstand; oder warum sich die Aufnahmebedingungen heute ständig verschärfen. Wer wird es wagen, die Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge zu verlangen oder das Ende der Dubliner Abkommen, welche das Asylrecht beschmutzen und wofür man dereinst wird Rechnung ablegen müssen?

Die Antwort kommt von der Zivilgesellschaft. In Lausanne ruft das Collectif R zum zivilen Ungehorsam auf und zum Schutze der Menschen, die von diesen Rückschaffungen betroffen sind. Indem es am 8. März

in einer Kirche einen Zufluchtsort geschaffen hat, will das Kollektiv ein Moratorium der Rückschaffungen, insbesondere nach Italien, erreichen. Neben den sechs Personen, welche zu Anfang dort lebten – und von denen es zwei auf diese Weise schafften, dass ihr Asylgesuch behandelt wird – kämpften mehrere Dutzend Flüchtlinge zusammen mit dem Collectif R um eine formelle Zusicherung, dass das SEM ihre Gesuche prüfen wird. Im Augenblick zeigt sich dieses noch unbeeindruckt von dieser breiten Bewegung, trotz Unterstützung durch das Waadtländer Parlament und die Bevölkerung.

Heute ist das Collectif R mehr denn je entschlossen, den Kampf mit Aktionen des zivilen Ungehorsams weiterzuführen mit dem Ziel, umgehend ein Moratorium der Dubliner Abkommen zu erreichen. Es wird weiterhin die Stimmen jener in die Öffentlichkeit tragen, welche sich einer unmenschlichen und verantwortungslosen Politik verweigern.

Pauline Milani

KIOSK

MELILLA UND CEUTA

Profitable Illegalität

Der an der London School of Economics lehrende schwedische Anthropologe Ruben Andersson untersuchte die Migrationsrouten vom Senegal und Mali bis in die umzäunten spanischen Enklaven Melilla und Ceuta. Er befragte Flüchtlinge, aber auch Grenzwächter und Hilfswerkpersonal und setzte ihre Erzählungen in den Kontext der befestigten und militarisierten europäisch-afrikanischen Grenze, wo Ausgrenzung, Misshandlungen und gesetzeswidrige Rückschaffungen an der Tagesordnung sind.

In dieser Grenzlandschaft führen die europäischen Staaten einen absurden Kampf gegen «illegale» Einwanderer, wobei sie die «Illegalität» durch ihre Abgrenzung selber konstruiert haben. Dieser Kampf ist spektakulär: Seine mediale und politische Inszenierung bringt Wählerstimmen. Mit dem Grenzzaun kann die Regierung demonstrieren, dass sie etwas gegen die vorgebliche Bedrohung unternimmt.

Die Bekämpfung der «illegalen Migration» ist aber auch profitabel. Die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie erhält Aufträge zur Errichtung von Grenzzäunen, sorgt für deren Ausstattung mit den neusten Technologien und übernimmt die weitläufige Überwachung der Grenzregionen. Profitieren können aber auch humanitäre Organisationen, die Gelder für ihre care-Dienstleistungen erhalten, und die «Transitstaaten» wie Marokko, die «Migrationspartnerschaften» mit EU-Staaten geschlossen haben. Für Europas



Security Business bedeutet jede neue «Krise an der Grenze» neue Gelder und Geschäfte. Nur die Flüchtlinge, so zeigt Andersson, bleiben auf der Strecke.

Das Buch kann online bestellt werden:

<http://bit.ly/1XUeKgV>

Einleitung und Anhang sind online unter <http://bit.ly/1NwvsQj> oder <http://bit.ly/1L0luPY>
Andersson, R.: *Illegality, Inc.: clandestine migration and the business of bordering Europe* (Vol. 28). University of California Press 2014, 360 S., 19,95 Brit. Pfund (ca. Fr. 30.–)

(Fu)

EIN ABGETRENNTER KOPF AN DER GRENZE

Die griechische Mauer

In seinem historischen Thriller «Le Mur grec» nimmt uns Nicolas Verdan mit an die griechisch-türkische Grenze. Alles beginnt mit einem abgetrennten Kopf, den man in der Nähe eines Bordells beim Grenzfluss Evros entdeckt – in der von Frontex kontrollierten westthrakischen Zone. Frontex ist die EU-Agentur zur Sicherung der Aussengrenzen. Zwar werden an den Ufern des Flusses nicht selten Leichen gefunden, dieser abgetrennte Kopf ist jedoch sehr suspekt. Es ist nämlich nicht der eines Migranten. Mit der Aufklärung des Falls werden Agent Evangelos aus Athen und Leutnant Anastasis beauftragt.

Den Fall aufklären... aber bitte nicht zu tief graben! Sehr schnell legen seine Vorgesetzten dem Agenten Evangelos Steine in den Weg. Die Geschichte handelt im Januar 2011, kurz vor der Errichtung des Stacheldraht bewehrten Zauns, der die MigrantInnen fernhalten soll. Die dunklen Machenschaften der Offiziere und Soldaten von Frontex, die Korruption der griechischen Regierung, die Reedereien, die um den Bau des Zaunes konkurrieren und nicht zuletzt die internationalen Interessen an der Kontrolle der EU Aussengrenzen – Evangelos muss sich durch ein Dickicht mächtiger Interessen zur Wahrheit durchkämpfen, um ein Minimum an Gerechtigkeit herzustellen.

Nicolas Verdan bringt uns mitten ins Geschehen eines europäischen Landes, das tief in der Krise steckt und nicht einmal seine eigene Bevölkerung ernähren kann, das aber an der EU-Aussengrenze liegt und daher den Grenzwächter für Europa spielen muss. Die verschiedenen Personen geben uns Einblick in das heutige Griechenland, das von Korruption, Rassismus und Perspektivlosigkeit geprägt ist. Es sind diese Einblicke in den aktuellen Kontext, die den Roman besonders lesenswert machen. Am Ende der Lektüre wird man wie Leutnant Anastasis denken: «Diese Schengen-Grenze ist eine Absurdität.»

Nicolas Verdan, *Le Mur grec*, Orbe (Bernard Campiche Editeur) 2015, 252 S., 32 Fr.

(io)



«Früher oder später fällt jede Mauer»

Im Rahmen ihres Praktikums bei Solidarité sans frontières organisiert Maria Furrer eine Infotour, um über die humanitären Konsequenzen der Sicherung der europäischen Grenzen zu informieren.

Maria Furrer ist in einem kleinen Dorf im Kanton Bern aufgewachsen. In den Jahren 2009-2010, während ihres Studiums in Genf, beginnt sie sich für Migrations- und Asylpolitik zu interessieren. «Die Minarett- und die Ausschaffungsinitiative waren der Auslöser für mein politisches Engagement. Diese Initiativen stellten einige fundamentale Menschenrechte in Frage und dies hier, in dem Land, in dem ich lebe. Das hat mich zum Nachdenken über die sozialen Ungleichheiten in der Schweiz gebracht.» Sie engagierte sich von da an aktiv in der Solidarität mit MigrantInnen, zuerst als Mitglied der Amnesty-Gruppe an der Universität Genf, dann als Ansprechpartnerin für Sans-Papiers in Bern und schliesslich bei Solidarité sans frontières, wo sie aktuell ein viermonatiges Praktikum absolviert.

Ihr Studium hat Maria dazu gebracht, vorgefasste Meinungen immer wieder zu hinterfragen und für eine andere europäische Asylpolitik einzutreten. «Grenzen werden oft als naturgegeben dargestellt», erklärt sie uns, «obwohl sie konstruiert und in einem bestimmten historischen Kontext entstanden sind. Dies gilt auch für den Schengenraum und das Dublinsystem: Es wird daran festgehalten, als ob es etwas Unabänderliches wäre, obwohl es sich in der Realität um ein in einem bestimmten Moment etabliertes Konstrukt handelt. Es ist nicht in Stein gemeisselt und wenn es nicht funktioniert, gibt es immer die Möglichkeit, umzukehren und etwas zu verändern.»

Im Rahmen ihres Praktikums bei Sosp ist Maria für die Organisation einer Infotour in

Verbindung mit dem Dokumentarfilm «Die Tränen Afrikas» verantwortlich. Der Film zeigt die Situation an der spanisch-marokkanischen Grenze von Melilla, einer Region, die Maria gut kennt. Denn sie hat dort mit einer Forschungsgruppe eine anthropologische Studie durchgeführt. «Es gibt viele Menschen, die sich schon eine Weile in der Nähe der Grenze zu Melilla aufhalten und eine weite Reise hinter sich haben. Sie sind in Wartestellung. Über diese Transitzonen

«Grenzen werden oft als naturgegeben dargestellt, obwohl sie konstruiert sind.»

an der europäischen Grenze, wo Menschen sich über lange Zeiträume ohne Beschäftigung und rechtlichen Schutz aufhalten, wird nicht viel gesprochen. Die europäische Politik zielt auf den Erhalt dieses Zustands, denn sobald diese Menschen nach Europa gelangen, müssen sich die europäischen Staaten mit ihnen befassen.»

Die Infotour besteht aus zwölf Anlässen, die in sechs schweizerischen Städten stattfinden (mindestens ein Event pro Sprachregion). Für Fragen zur Situation der Flüchtlinge um und in Melilla, aber auch zur Asylpolitik der Schweiz, stehen dem Publikum an jedem Anlass die Regisseurin des Films, Amparo Climent, und eine Vertreterin von Sosp zur Verfügung. Maria erinnert daran, dass «die Schweiz sich an Frontex, der Aussengrenzen-Agentur der EU, beteiligt. Was sich an und nahe dieser Grenzen ereignet, liegt daher auch in unserer Verantwortung.»

Mit seinen sechs Meter hohen und sich über 12 Kilometer erstreckenden Grenzzäunen ist Melilla ein anschauliches Beispiel unter anderen für die asyl- und migrationspolitischen Orientierung der EU und

der assoziierten Schengen-Staaten: das Bauen von Mauern und die Militarisierung der Grenzen. Mit Hilfe der Infotour hofft Maria das Publikum zum Nachdenken über die Frage zu bringen, wie dieser Zustand durch eine solidarischere Migrations- und Asylpolitik geändert werden könnte. Maria bleibt optimistisch: «Keine Mauer ist für die Ewigkeit gebaut. Früher oder später fällt jede Barriere.»

(io)

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Tour de Lorraine 2016

23. Januar 2016 in Bern

Thema: Refugees Welcome – Freie Niederlassung für alle, Kein Mensch ist illegal, Papiere statt Lager, Türen öffnen, Keine Grenzen, Fluchtwege freihalten
 Weitere Infos: www.tourdelorraine.ch

SOSF - Dokumentarfilm «Die Tränen Afrikas»

Die zweite Infotour von SOSF, dieses Mal über die Sicherung der europäischen Aussengrenzen und ihre menschenrechtlichen Folgen.

In Anwesenheit von Filmregisseurin Amparo Climent

Vom 20. Februar bis 1. März 2016 in der ganzen Schweiz

Weitere Infos demnächst auf www.sosf.ch